

FAKTENBLATT

Indirekter Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative. Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050.

Worum geht es?

Die Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)» will das Netto-Null-Ziel in die Verfassung schreiben. Würde die Initiative angenommen, dürfte die Schweiz ab 2050 keine klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen mehr ausstossen. Ab dann dürften auch keine fossilen Brenn- und Treibstoffe wie Öl, Gas, Benzin, Diesel und Kohle mehr in Verkehr gebracht werden. Der Bundesrat hat auf Verfassungsebene einen direkten Gegenentwurf zur Initiative ausgearbeitet. Das Parlament hat wiederum auf Gesetzebene einen indirekten Gegenvorschlag erstellt, welcher in der Herbstsession 2022 von beiden Räten angenommen wurde. Das Komitee der Gletscher-Initiative hat seine Initiative daraufhin bedingt zurückgezogen. Die SVP hingegen hat daraufhin gegen den indirekten Gegenentwurf das Referendum ergriffen. Der direkte Gegenentwurf des Bundesrates wurde in der Frühlingssession 2022 aus taktischen Gründen vom Nationalrat noch angenommen, in der Wintersession 2022 vom Ständerat jedoch abgelehnt. Beide Kammern empfehlen die Gletscher-Initiative zur Ablehnung.

Der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative sieht vor, dass der Treibhausgas-Ausstoss bis 2040 im Vergleich zum Stand von 1990 um 75% abnehmen soll. Diese Reduktion der Emissionen soll nach Möglichkeit in der Schweiz erfolgen. Kohlestoff-Speicher im In- und Ausland ergänzen die Massnahmen und müssen bis 2050 von Bund und Kantonen bereitgestellt werden. Im Gegensatz zur Initiative will der Gegenvorschlag kein Verbot fossiler Brenn- und Treibstoffe. Stattdessen sieht das Gesetz Zwischenziele für die verschiedenen Wirtschaftssektoren vor. So muss der Gebäudesektor seinen Treibhausgas-Ausstoss bis 2040 im Vergleich zu 1990 um 82% senken. Verkehr und Industrie haben ihre Emissionen bis zu diesem Zeitpunkt um 57% resp. 50% zu senken. Gebäudesektor und Verkehr dürfen ab 2050 schliesslich gar keine Treibhausgase mehr verursachen. Bis 2050 hat auch die Industrie ihre Emissionen auf 90% gegenüber 1990 zu senken. Der indirekte Gegenvorschlag enthält zusätzlich ein Programm für den Ersatz fossiler Heizungen und für Sanierungen, welches über 10 Jahre 2 Milliarden Franken erhalten soll. Für die Förderung von neuartigen Technologien sind über einen Zeitraum von 6 Jahren 1,2 Milliarden Franken vorgesehen.

Abstimmungsverhalten der Mitte-Fraktion im eidgenössischen Parlament

Der Nationalrat hat dem indirekten Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung am 30. September 2022 mit 139 Ja zu 51 Nein bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Die Mitte-Fraktion im Nationalrat hat nahezu einstimmig mit 29 Ja zu 0 Nein bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Der Ständerat hat dem indirekten Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung am 30. September 2022 mit 38 Ja zu 4 Nein bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Die Mitte-Fraktion im Ständerat hat einstimmig zugestimmt.

Das sagen die Befürworter der Vorlage

Ja zur Weiterführung der Energiestrategie 2050

- Die Vorlage ist die Fortsetzung der erfolgreichen Energiestrategie 2050 und sorgt dafür, dass die Schweiz für die Zukunft gerüstet ist: Wie auch schon die Energiestrategie 2050, reduziert der indirekte Gegenvorschlag die Abhängigkeit vom Ausland und sorgt dafür, dass die Wertschöpfung beispielsweise beim Ersatz älterer Heizungen in der Schweiz bleibt.

Ja zum indirekten Gegenvorschlag

- Der indirekte Gegenvorschlag hat gegenüber der Initiative den Vorteil, dass er viel schneller umgesetzt werden kann. Die Initiative, die einen Artikel in die Verfassung schreiben will, müsste nach der Annahme zuerst in einem Gesetz konkretisiert werden. Das könnte mehrere Jahre dauern.

Ja zu einem raschen Schutz des Klimas

- Der Klimawandel ist eine der grössten Bedrohungen für unseren Planeten. Die Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2050 durch die Massnahmen des Gesetzes kann den Klimawandel wirksam bekämpfen.
- Je früher wirksame Massnahmen beschlossen werden, desto weniger Kompensationsmassnahmen müssen von künftigen Generationen ergriffen werden. Nichtstun ist auf lange Sicht deutlich teurer!
- Ohne diesem Gesetz würde das Netto-Null-Ziel in der Schweiz verfehlt und deutlich mehr Negativ-Emissionstechnologien müssten zur Anwendung kommen. Das wäre enorm aufwändig und teuer.

Ja zur Energiesicherheit durch Klimaschutz

- Der Ukrainekrieg zeigt, wie schmerzhaft eine Abhängigkeit von Energieträgern aus nicht-demokratischen Regimen sein kann.
- Die Schweizer Wirtschaft und die Schweizer Hauseigentümer nutzen zu einem grossen Teil immer noch Öl- und Gas als Energieträger. Das ist klimapolitisch nicht vertretbar, volkswirtschaftlich fragwürdig und sicherheitsstrategisch fahrlässig. Das vorliegende Gesetz bekämpft diese Abhängigkeit mit gezielten Instrumenten zugunsten der Wirtschaft und der Hauseigentümer. Wer dieses Gesetz bekämpft, bekämpft darum letztlich auch diese beiden Gruppen.
- Die Massnahmen für Heizungsersatz und Energieeffizienz bei Wohngebäuden erbringen Wertschöpfung in der Schweiz, statt jährlich 8 Milliarden Franken für fossile Energie ins Ausland zu überweisen.
- Die Mieterinnen und Mieter werden dank dieses Gesetzes von geringeren Nebenkosten profitieren, weil die Betriebskosten von erneuerbaren Heizsystemen tiefer ausfallen und dank der energetischen Massnahmen weniger geheizt werden muss.
- Die Kosten des Gesetzes sind niedrig: 3,2 Milliarden Franken für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen, verteilt über 10 Jahre, sind wenig. Im Vergleich: Der jüngste Ausbauschnitt der Autobahnen soll 4 Milliarden Franken kosten.

Ja zur zukunftsgerichteten Förderung von Innovationen

- Die Innovationsförderung begünstigt die Schweiz gleich mehrfach. Sie hilft der Schweiz den Klimawandel zu bekämpfen, sie schafft zukunftsgerichtete Arbeitsplätze, sie stärkt unsere Energiesicherheit und verringert unsere energiepolitische Abhängigkeit vom Ausland.

Das sagt das Referendumskomitee der SVP

Nein zur Energiestrategie 2050

- Statt einzugestehen, dass die Energiestrategie 2050 gescheitert sei, würde die gleiche Politik mit diesem Gesetz weitergeführt.

Nein zu „Umerziehungsmassnahmen“

- Falls es nicht gelinge, „Netto Null“ mit neuer Technologie zu ermöglichen, würden Beschränkungen folgen, z.B. ein Verbot von Verbrennungsmotoren und teure Gebäude-Sanierungsmassnahmen.

Nein zu Armut

- Alle Unternehmen müssen bis 2050 „Netto Null“ unter Berücksichtigung direkter und indirekter Emissionen aufweisen. Das könne dazu führen, dass gewisse Unternehmen die Produktion einstellen und Arbeitsplätze verloren gehen.

Nein zum Ausstieg aus den fossilen Treibstoffen

- Statt die öffentlichen Mittel in neue Stromproduktionsanlagen zu investieren, werde das Geld für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern verwendet. Gleichzeitig werde der Bau neuer Atomkraftwerke verhindert.